

Tagung „Fundamente statt Säulen: Vorschläge für eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik“ am 12. Januar 2017 in Berlin

Eingangsstatement Martin Häusling: Ausblick auf die gesetzlichen Weichenstellungen des Jahres 2017 für die nächste GAP-Reform 2020

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Referentinnen, liebe Gäste,

Öffentliches Geld für öffentliche Leistung: Sicher Ihnen diese Forderung der letzten Reformrunde der EU-Agrarpolitik im Jahr 2013 noch sehr vertraut.

Getreu dem Motto „Nach der Reform ist vor der Reform“ ist die Diskussion über Anspruch und Erreichtes, bestehenden Reformbedarf und Wege nie abgerissen, gewinnt in diesem Jahr 2017 jedoch wieder eine neue Aktualität.

Es wurde viel darüber spekuliert, ob, wann und wie eine Halbzeitreform, die in den letzten Förderperioden eine Zwischenbilanz über eingeleitete Reformschritte zog, in dieser 2014-2020 geltenden Periode stattfinden würde.

Es ist gut, dass die EU-Kommission nun eine Zeitschiene aufgezeigt hat, denn der Zeitplan zur Vorbereitung der nächsten Reformrunde verspricht durch das zeitliche Zusammenfallen mit der Neubesetzung der EU-Kommission und Europaparlamentswahl im Mai 2019 nicht nur kompliziert zu werden. Er drängt.

Nach einer ersten Anhörung im letzten zur Bewertung des Greenings als zentrales Element zur Bindung der Gelder an Umweltleistung eingeführt wurde, will die EU-Kommission in wenigen Tagen eine öffentliche Konsultation zur Ausgestaltung der GAP nach 2020 starten, im zweiten Halbjahr auswerten und politische Vorschläge vorlegen. Die Diskussion über konkrete Gesetzesvorschläge für die GAP nach 2020 kann damit Anfang 2018, wenn die Beschlüsse zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU und damit die Größe des Agrarbudgets feststeht, beginnen.

Erlauben Sie mir, verehrte Damen und Herren, noch einen Moment bei der der letzten Reform zu verharren und eine Halbzeitbewertung vorzunehmen, die wir in dieser Form und mit diesem Ergebnis so nicht zu erwarten haben werden.

Sie wissen, dass der Anspruch „Öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ bereits die Debatte über die Agrarreform 2013 geprägt hat, damit Steuergelder zum Schutz und nicht zum Schaden unserer Umwelt fließen. Das Angebot zu einer solchen „Begrünung“ der Agrarsubventionen kennen sie: das Greening.

Die entscheidende Frage, ob das Greening seine Wirkung zeigt und die Landwirtschaft in Europa umweltgerechter gemacht hat, wurde allerdings in der öffentlichen Konsultation, die die EU-Kommission im letzten Jahr über die Wirksamkeit des Greenings durchgeführte, weder gestellt noch in der politischen Aus- und Bewertung beantwortet!

Bewertet wurde es dennoch von mehreren Forschungseinrichtungen und Wissenschaftlern: Das eindeutige Ergebnis: Das Greening ist eine teure und bürokratische Maßnahme, die seine ökologische Lenkungswirkung verfehlt hat.

So verständlich die Rufe nach Vereinfachung des Greening sind, so paradox ist daran gleich zweierlei:

1. dass wir den lautesten Rufern die zahlreichen Ausnahme- und Sonderregeln zu verdanken haben, die die einzige verpflichtende Umweltmaßnahme bis zur Unwirksamkeit verkompliziert haben und

2. dass eine Ausweitung des Greenings jetzt für eine Verbesserung der Bilanz sorgen soll. Gelegentlich ist noch von einer „Qualifizierung“ der Direktzahlungen die Rede. Wie ernst es damit gemeint ist, zeigt eine weitere Debatte vom letzten Jahr: Das von der EU-Kommission vorgeschlagene Pestizid-Verbot, das zweifellos und unbürokratisch die ökologische Wirksamkeit hätte erhöhen können, wurde von den Mitgliedsstaaten abgelehnt.

Eine Begründung der Agrarpolitik ist damit gescheitert. Mit welcher Legitimität soll das bisherige Fördersystem also beibehalten und fortgesetzt werden?

Werfen wir einen Blick auf Vorschläge, die die letzten Reformbeschlüsse nachbessern sollen:

Direktzahlungen sollen im Einvernehmen von Kommission und Mitgliedsstaaten nicht länger nur an „aktive Landwirte“ vergeben werden – ein hart umkämpfter Beschluss der letzten Reformrunde. Ohne in zweifelhafte Gefolgschaft zu geraten bleibt mir nur mit Lenin zu fragen: Wem nützt das? Wo reiner Flächenbesitz belohnt wird, steigen die Pachtpreise – zum Schaden der Bäuerinnen und Bauern, die in den beiden letzten beiden Krisenjahren den höchsten Preis gezahlt haben und zu Tausenden ihre Höfe schließen mussten.

Was haben sie von Ankündigung, die EU-Landwirtschaft leistungsfähiger und moderner auszurichten, zu erwarten? Die Hoffnung auf neue Interventions- und Krisen-Instrumente im Ausgleich für den neuen Wettlauf von „digitalisiere und exportiere UND weiche“, in dem sie nicht mehr mithalten können?

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

eine solche Politik kann und darf nicht das Zukunftsmodell unserer europäischen Landwirtschaft werden. Sie ist weder gerecht ökologisch und ökonomisch nachhaltig und setzt ihre gesellschaftliche Akzeptanz aufs Spiel. Nicht die, die eine konsequente Neuausrichtung fordern, gefährden die Unterstützung der Landwirtschaft durch öffentlichen Mittel, sondern diejenigen, die erwarten, dass 55 Milliarden Euro Steuergelder für eine Agrarpolitik fließen, die seit Jahren ihre eigenen Ziele verfehlt und keine Ansätze zu bieten hat, daran etwas zu ändern.

In Zeiten von Politikverdrossenheit und antieuropäischer Tendenzen ist auch die Agrarpolitik gefordert, Bürger in ihren Erwartungen und Bedürfnissen ernst zu nehmen. Umfrage um Umfrage belegen seit Jahren, was sie sich wünschen: eine Landwirtschaft, die die Umwelt schützt, Tierleid verhindert, möglichst unbelastete Lebensmittel erzeugt, ländliche Räume attraktiv und lebenswert erhält und Hunger weltweit bekämpft.

Es ist eine Mär zu glauben, dass in Zeiten der Globalisierung und einer Bewirtschaftung grenzenloser Naturräume nationale Politikkonzepte die besseren Antworten zu bieten haben. Auch wenn ländliche Räume besser vor Ort gestärkt werden. Aber auch das gelingt nur mit einer Umverteilung von Subventionen, die derzeit ohne nennenswerte Gegenleistung für die Gesellschaft zu 80 % an wenige Großempfänger durchgereicht werden.

Damit unterbleibt auch die so dringend notwendige und gewollte Stärkung der regionalen Wertschöpfung. Nicht mit Steuergeldern beworbene und exportierte Billigprodukte sind die Märkte der Zukunft, die Erzeuger und Verbraucher wieder näher bringen, sondern Europas Märkte, vor unserer Haustür.

Regional und Bio sind die Verkaufsschlager, deren Nachfrage das Angebot in vielen Produktbereichen längst überschritten hat.

Das ist das Zukunftsmodell unserer Landwirtschaft, das Verbraucherinnen und Verbraucher nicht nur an der Ladentheke bereit sind zu unterstützen, sondern auch mit öffentlichen Mitteln. Diese Form der nachhaltigen Bewirtschaftung muss nicht erst erfunden werden. Sie existiert bereits und hat seine Funktionsfähigkeit, mit einem funktionsfähigen Kontrollsystem, bewiesen. Machen wir dieses Modell zum Premium-Standard und Anreizsystem, das zu betreiben und anzustreben den Einsatz öffentlicher Mittel verdient.

Aber jetzt freue ich mich darauf, von den Studienautoren mehr dazu zu hören, auf die Einschätzung und den Blick unserer europäischen Gäste Trees Robijns von Birdlife Europe und Prof. Jan Douwe van der Ploeg von der Universität Wageningen und die Diskussion mit Ihnen allen.

Mit Dank für Ihr Kommen übergebe ich hiermit an unseren Moderator Matthias Meissner vom WWF Deutschland.